

Die Verwirklichung der Millenniumsziele im Südlichen Afrika

Malawi

Unter den ärmsten Staaten der Welt muss Malawi als besonders arm angesehen werden. Gemessen am Prokopfeinkommen (2003: 170 Dollar) stand das Land 2005 auf Platz 176 von 177 erfassten Ländern. Beim „Human Development Index“ war die Situation nicht wesentlich besser, hier erreichte Malawi Platz 165. Beim „Human Poverty Index“, der die Situation des ärmsten Teils der Bevölkerung erfasst, erreichte Malawi den 85. Rang unter 103 erfassten Ländern. Die Lebenserwartung der etwa 12 Millionen Einwohner betrug 2002 lediglich 37,8 Jahre, auch dies einer der weltweit niedrigsten Werte.

Als Binnenstaat ist Malawi auf die Nachbarstaaten und deren Infrastruktur angewiesen. Die Unabhängigkeitskriege und später die Bürgerkriege in Mosambik und Simbabwe bedeuteten, dass Malawi große Schwierigkeiten hatte, seine Exportprodukte ins Ausland zu transportieren. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes wurde aber auch durch eine Jahrzehnte dauernde despotische Alleinherrschaft Präsident Bandas erschwert. Die 12 Millionen Einwohner des Landes profitieren inzwischen von einer Mehrparteiendemokratie, einer verantwortlicheren Regierungspolitik und verbesserten Beziehungen zu den Nachbarstaaten und den Ländern und Institutionen, die Entwicklungsgelder zur Verfügung stellen.

Malawi ist primär ein Agrarstaat (es gibt keine nennenswerten Bodenschätze und nur wenige Industriebetriebe). 87% der Beschäftigten arbeiten in diesem Bereich. Sie tragen zu 36% zum Bruttosozialprodukt bei und liefern zudem mindestens 65% der Rohstoffe, die die heimische Industrie verarbeitet. Tabak allein trägt 70% zu den Exporterlösen Malawis bei, der Landwirtschaftsbereich insgesamt etwa 90%. Entsprechend groß ist die Abhängigkeit von Ernteerträgen und Weltmarktpreisen. Eine Ursache für die wirtschaftliche Stagnation Malawis sind deshalb die regionalen Klimaveränderungen, vor allem die zunehmende Zahl langer Dürreperioden, und ebenso der Preisverfall agrarischer Rohprodukte auf den Weltmärkten.

Ziel 1:

Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Zwei Drittel der Einwohnerinnen und Einwohner leben nach offiziellen Angaben in Armut. Nach Berechnungen für das Jahr 2000 hatte die Hälfte der Bevölkerung bereits 4-6 Monate vor der nächsten Ernte keine ausreichende Nahrungsmittelversorgung mehr. Die Verarmung der ländli-



chen Bevölkerung hat auch zur Konsequenz, dass die städtischen Armenviertel wachsen. Im August 2005 kündigten Regierungsstellen an, dass die Bewohner einiger illegaler Siedlungen in der Hauptstadt Lilongwe zwei Wochen Zeit hätten, ihre Hütten zu verlassen, danach würden diese zerstört. Diese Maßnahme, die an die Regierungspolitik in Simbabwe erinnert, löste Proteste bei den Betroffenen aus, die darauf verwiesen, dass sie keinen Boden in ländlichen Gebieten besitzen, auf den sie zurückkehren könnten. Dies lässt die Frage aufkommen, ob eine Armutsbekämpfungspolitik geplant ist, die tatsächlich die Armen bekämpft.

Ein besonders krasses Beispiel für tiefe Armut und Ausbeutung bietet die Situation der Pächterfamilien in den Tabakanbaubetrieben. Eine Untersuchung von katholischen Ordensleuten der „Weißen Väter“ enthüllte im März 2005 einen erschreckenden Umfang von psychischer, physischer und sexueller Gewalt gegen diese wirtschaftlich völlig abhängigen Menschen. Vor allem Frauen sind betroffen. Außerdem ließ der Bericht erkennen, wie weit verbreitet Kinderarbeit beim Tabakanbau ist, bedingt durch den großen wirtschaftlichen Druck, unter dem die Pächterfamilien stehen. Die Abhängigkeit von Angestellten und Managern der großen landwirtschaftlichen Betriebe wird noch dadurch vergrößert, dass mehr als die Hälfte der Familien gezwungen ist, bei ihnen Kredite aufzunehmen. Dieses Beispiel macht deutlich, dass sich hinter den Statistiken von Armut im Südlichen Afrika zahllose Schicksale von Verelendung, Gewalt, sexueller Nötigung und Misshandlung verbergen.

2005 erlebte Malawi im vierten Jahr hintereinander eine Dürre. Die Produktion erreichte lediglich 37% des nationalen Bedarfs am Grundnahrungsmittel Mais. Mitte des Jahres wurde geschätzt, dass die Ernährung von 4,2 bis 4,6 Millionen Menschen nicht gesichert war, dass also mehr als ein Drittel der Bevölkerung von Hunger bedroht war.

Ob es gelingt, die Millenniumsziele zu erreichen, die Zahl der Armen und die der Hungernden bis 2015 zu halbieren, hängt von vielen Faktoren ab. Darunter ist auch die Entwicklung der klimatischen Verhältnisse zu nennen. Für das Agrarland Malawi ist dies einer der wesentlichen Faktoren, die die Höhe des Wirtschaftswachstums beeinflussen. Ein jährliches Wachstum von etwa 6% wird erforderlich sein, um die Millenniumsziele zu erreichen. Ein Ziel der Regierung ist es, die Kleinbauernfamilien gezielter und wirksamer zu unterstützen, um so die ländliche Armut schrittweise zu überwinden. Dazu sollen u.a. Kleinkreditprogramme ausgeweitet werden.

Ziel 2:

Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung

Die Regierung Malawis hat Anfang der 1990er Jahre die Schulgebühren und auch verpflichtende Schuluniformen schrittweise abgeschafft. Das führte zu einer sprunghaften Erhöhung des Grundschulbesuchs, allerdings auch zu einem Ansteigen der „drop out“-Rate, also des Schulabbruchs. Etwa 10-15% der Kinder verlassen jedes Jahr die Schule, ohne sie abgeschlossen zu haben. Gründe dafür sind wirtschaftliche Not und im Falle der Schülerinnen häufig Schwangerschaften und Heiraten in jungen Jahren. Aber auch die unzureichende Unterrichtsqualität und der schlechte bauliche Zustand der Schulen, insbesondere der sanitären Anlagen, tragen zum hohen Anteil der Schulabbrecher und vor allem Schulabbrecherinnen bei.

Ziel 3:

Förderung der Gleichheit der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen

Die Bildungschancen für Mädchen und Frauen sind weiterhin deutlich schlechter als die von Jungen und Männern. Dies kommt sowohl im geringen Anteil von Mädchen in den Sekundarschulen (wo weiterhin Schulgebühren zu zahlen sind) als auch in der hohen Analphabetenrate von Frauen (49% gegenüber 36% bei Männern) zum Ausdruck. Das trägt zu deutlich schlechteren beruflichen Möglichkeiten bei. So ergab eine Untersuchung im Jahre 2003, dass lediglich 12,3% aller leitenden Positionen im Staatsdienst mit Frauen besetzt waren. Der Anteil von Frauen im Parlament beträgt 14,0%, eine deutliche Erhöhung gegenüber den 8,8% im letzten Parlament, aber immer noch weit von den SADC-Empfehlungen von mindestens 30% Frauenanteil in den Parlamenten entfernt.

Ein gravierendes Problem ist die Gewalt gegen Frauen, vor allem im häuslichen Bereich. Gesetze gegen diese Gewalt kommen nur mühsam durch den von Männern dominierten Gesetzgebungsprozess in Malawi. Die Regierung hat 2000 eine „Malawi National Gender Policy“ verabschiedet, die das Ziel hat, Gender-Gleichheit und eine Stärkung (empowerment) von Frauen zu fördern. Es geht bei dem Konzept u.a. um Bildung und Ausbildung, reproduktive Gesundheit, Ernährung, Sicherheit, Menschenrechte und Maßnahmen zur Reduzierung der Armut. Zusammenfas-

send lässt sich sagen, dass kleine Schritte in Richtung auf die Erreichung des Millenniumsziels gemacht werden. Nach dem „Human Development Report 2005“ der UNDP erreichte Malawi beim „Gender-Related Development Index“ lediglich den 129. Platz von 140 bewerteten Ländern.

Ziel 4:

Senkung der Kindersterblichkeit

1992 starben 234 von 1.000 Kindern, bevor sie das Alter von fünf Jahren erreicht hatten, ein auch für wirtschaftlich arme Länder in Afrika sehr hoher Wert. Seither ist eine stetige Verminderung dieser Zahl erreicht worden (2003: 178 von 1.000 Kindern). Verantwortlich für die weiterhin große Zahl von Kindern, die in den ersten Lebensjahren sterben, sind Mangelernährung, wasserbedingte Krankheiten, Malaria und zunehmend HIV/AIDS. Ohne die Folgen von HIV/AIDS wäre es sehr wahrscheinlich, dass das Millenniumsziel bis 2015 erreicht werden könnte. Ob dies trotz HIV/AIDS gelingt, muss offen bleiben. Große Anstrengungen sowohl im Lande selbst als auch von Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit sind hierzu eine unverzichtbare Voraussetzung.

Ziel 5:

Verbesserung der Gesundheit von Müttern

Die Zahl der Frauen, die bei der Geburt eines Kindes sterben, hat sich seit Anfang der 1990er Jahre annähernd verdoppelt. Starben 1992 620 von 100.000 Frauen bei der Geburt eines Kindes, so stieg dieser Wert bis zum Jahre 2000 auf 1.120 (nach anderen Angaben 1.800). Das „Economic Justice Network“, ein Zusammenschluss von etwa 70 Organisationen der Zivilgesellschaft, fordert deshalb eine entschlossene Politik, um dieses Problem zu lösen. Collins Magalasi, Exekutivdirektor von EJM, sagte kürzlich einem Journalisten: „Das Problem drängt, aber wir haben in einer Analyse festgestellt, dass ihm bei der Verteilung der Haushaltsmittel keine besondere Beachtung geschenkt wird ... Es muss etwas Drastisches geschehen.“

Ein Hauptgrund für die hohe Todesrate ist, dass im Jahre 2000 nur 56% aller Geburten mit fachkundiger Begleitung erfolgten, der gleiche Wert wie 1992. Aber inzwischen sind die Risiken von Komplikationen durch die große Zahl der Frauen, die mit HIV/AIDS leben, stark gestiegen. In manchen städtischen Gebieten ist jede dritte werdende Mutter von HIV/AIDS betroffen. Eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung stößt u.a. dadurch auf Hindernisse, dass immer mehr medizinische Fachkräfte das Land verlassen, weil sie schlecht bezahlt werden und die Arbeitsbedingungen sehr ungünstig sind. So verlassen jede Woche mindestens zwei Krankenschwestern das Land. Die Hebamme Rustica Banda hat ihre Lebens- und Arbeitssituation in einem staatlichen Krankenhaus so beschrieben: „Ich muss fünf Kinder ernähren, ebenso fünf Enkelkinder, die zu Waisen wurden. Wir haben hier im Krankenhaus Mitundu eine große Personalknappheit. Es sind immer nur zwei Krankenschwestern im Dienst, und diese müssen sich um Beratung

zur Familienplanung, Vorsorgeuntersuchungen werdender Mütter und Geburten kümmern. Wir sehen gewöhnlich 250 Schwangere am Tag. Rechnet man die Frauen hinzu, die zu Fragen der Familienplanung zu uns kommen, sind es 300 oder mehr Patientinnen. Das Krankenhaus ist nicht gut ausgestattet. Die schwangeren Frauen müssen alles im Labor selbst kaufen ... Wir haben nicht einmal Plastikhandschuhe für uns Schwestern, was gefährlich für uns und die Patientinnen ist ... Ich weiß nicht, welchen HIV-Status die Frauen haben, die ich mit bloßen Händen behandle. Ich bekomme für meine Arbeit nur ein sehr kleines Gehalt, 13.000 Kwacha (etwa 60 Pfund) im Monat. Die meisten der Schwestern verlassen die staatlichen Krankenhäuser rasch und gehen zu privaten Kliniken – oder in Krankenhäuser in anderen Ländern ... Ich tue meine Arbeit nicht, um viel Geld zu verdienen, aber ich brauche Geld, um zu überleben.“

Zu erwähnen ist außerdem, dass auch das Gesundheitspersonal von HIV/AIDS betroffen ist und an AIDS-bedingten Krankheiten stirbt. Unter diesen Umständen bedarf es großer Anstrengungen, damit Malawi das Millenniumsziel erreichen kann. Das UN-Entwicklungsprogramm UNDP nimmt aber wahr, dass malawische Politiker dieses Problem erkannt haben. Ende Juni sagte ein UNDP-Sprecher in New York zu dieser Frage: „Die Müttersterblichkeit wurde von hochrangigen politischen Persönlichkeiten (in Malawi) als Disaster bezeichnet, und dies macht den politischen Kontext aufgeschlossener für Entwicklungsmaßnahmen sowie Advocacyarbeit von Seiten der Vereinten Nationen.“

Ziel 6:

Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten

Es wird geschätzt, dass 2003 14,4% der 15-49-jährigen Einwohner Malawis mit HIV/AIDS leben mussten. 58% davon waren Frauen. Die Infektionsrate in den Städten war mit 23% deutlich höher als in ländlichen Gebieten mit 12,4%. Der Umfang der Neuinfektionen ist in den letzten Jahren mit 80.000 relativ stabil geblieben, allerdings auf einem hohen Niveau. Die Zahl der Waisen wird inzwischen auf etwa eine Million geschätzt und könnte sich nach UNICEF-Berechnungen bis 2010 noch einmal um 50% erhöhen. Die Regierung hat Mitte 2005 einen Nationalen Aktionsplan zur Unterstützung von Waisenkindern und anderen gefährdeten Kindern ins Leben gerufen und arbeitet bei diesem Vorhaben mit Nichtregierungsorganisationen im Lande und internationalen fördernden Stellen zusammen. Angesichts der Dürrekatastrophen der letzten Jahre wird die Situation der Waisenkinder als besonders prekär angesehen. Deshalb soll Familien geholfen werden, die Waisenkinder aufgenommen haben. Für die ersten zwei Jahre stehen dafür lediglich 20 Millionen Dollar zur Verfügung, weniger als ein Dollar pro Waisenkind im Monat.

Um das Millenniumsziel zu erreichen, setzt die Regierung u.a. auf die Verwendung von Kondomen, vermehrte Tests, eine Ausweitung der Behandlung sowie eine Begleitung der Erkrankten.

Auch Malaria ist weit verbreitet und eine der wichtigsten Ursachen für die hohe Kindersterblichkeit. 2000 erkrankten etwa 26.000 Menschen an Malaria. Nur für etwa ein Viertel von ihnen standen Malariamittel zur Behandlung zur Verfügung.

Ziel 7:

Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

Nach Einschätzung der Welternährungsorganisation FAO gehört Malawi neben Simbabwe und Sambia zu den Ländern im Südlichen Afrika, die am stärksten von den globalen Klimaveränderungen betroffen sein werden und schon jetzt mit deutlich geringeren Niederschlägen leben müssen. Henri Josserand, der Direktor des Hunger-Frühwarnsystems der Vereinten Nationen erklärte Ende Juni 2005: „Besonders im Südlichen Afrika ist ohne Frage die Zahl der Dürreperioden in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Es gibt in den letzten vier, fünf Jahren eine Häufung von Dürrejahre, die sich ungewöhnlich rasch wiederholen.“ Besonders die Situation in Malawi biete Anlass zur Sorge. Das regionale Klima und die Bodenqualität werden zusätzlich dadurch negativ beeinflusst, dass in Malawi jedes Jahr 2,8% der Waldflächen zerstört werden.

Der Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu sauberem Trinkwasser stieg von 1990 bis 2002 von 41% auf 67%. Wenn die Versorgung in einem etwas höheren Tempo verbessert würde, ließe sich das Millenniumsziel erreichen. 46% der Bevölkerung hatten 2002 Zugang zu einer angemessenen sanitären Entsorgung. Im Jahre 1990 hatte dieser Wert 36% betragen. Das Millenniumsziel der Halbierung der Zahl der Menschen ohne eine angemessene Entsorgung ist also bei weitem noch nicht erreicht, aber es ist zu berücksichtigen, dass die bisher erreichten 76% ein im regionalen Vergleich hoher Wert sind.

Ziel 8:

Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Malawi hat entsprechend den Vorgaben des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank ein „Poverty Reduction Strategy Paper“ erarbeitet. Die Umsetzung wird nun allerdings wesentlich dadurch behindert, dass die internationale Gemeinschaft die erforderlichen Mittel nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stellt. In einem IWF-Bericht vom Juli 2005 heißt es hierzu: „Die begrenzte Finanzierung wird eine der zentralen Herausforderungen bleiben.“ Mitte 2005 betrug die Verschuldung Malawis 173 US-Dollar pro Kopf der Bevölkerung. Das entspricht ziemlich exakt dem Prokopfeinkommen im Jahr (2003: 170 Dollar). 2003 musste Malawi mehr als ein Drittel seines Staatsetats für den Schuldendienst aufwenden, doppelt so viel wie für den Gesundheitsbereich.

Die einseitige Abhängigkeit vom Tabakexport hat sich in den letzten Jahren sehr negativ auf die malawische Wirtschaft ausgewirkt. Die Erlöse pro Tonne Tabak haben sich für Malawi auf dem Weltmarkt innerhalb der letzten sechs Jahre mehr als halbiert. Allein 2005 sanken sie gegenüber dem Vorjahr um 22%. Der Kleinbauer James Kambiri wird in der Presse so zitiert: „Wir können auf der Grundlage dieser Preise nicht leben. Sie decken nicht die Kosten des Kunstdüngers, den wir zum Anbau benötigen, und auch nicht die Transportkosten, um den Tabak auf den Markt zu bringen. Dies bedeutet, dass wir keine Lebensmittel kaufen können und unsere Kinder mit Sicherheit hungern müssen.“ Die letzten Regierungen und mit ihr Weltbank und Internationaler Währungsfonds hatten die Kleinbauern aufgefordert, Tabak anzubauen – die negativen Folgen müssen die Bauernfamilien nun allein tragen. Die Rhetorik von Partnerschaft erweist sich als hohl, wenn diejenigen, die die Menschen ins Unglück gestürzt haben, wie im Falle von Malawi allenfalls mit neuen Krediten und neuen Auflagen für diese Kredite zur Überwindung der Probleme beitragen. Auch der Tabakkonzern Philip Morris lehnt jede Verantwortung für die Schwierigkeiten der Tabakanbauer in Malawi ab. Eine Sprecherin: „Wir handeln nicht direkt mit den Anbauern und besitzen auch keine eigenen Farmen. Wir kaufen nur von Händlern, die den Tabak bei Auktionen kaufen.“

Besonderer Bedarf für eine internationale Unterstützung besteht in Malawi im Bereich der Informationstechnologie und Telekommunikation. Je 1.000 Einwohner gibt es nur 8 Telefonanschlüsse und auch nur 13 Mobiltelefone (Stand 2003). Die Zahl der Internet-Benutzer betrug 2003 nur 3 je 1.000 Einwohner.

Malawi erhielt 2003 26 Millionen Euro deutsche Entwicklungshilfe, 2,4 Euro je Einwohner. Malawi gehört trotz des relativ niedrigen Wertes zu den Schwerpunktpartnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Im Mittelpunkt stehen die Förderung von Grundbildung, Gesundheit und demokratischer Dezentralisierung. Aus EU-Entwicklungsmitteln flossen 2003 72,1 Millionen Euro nach Malawi. Das Gesamtvolumen der Entwicklungsgelder betrug 2002 377,1 Millionen Dollar, 31,8 Dollar je Einwohner. Malawi ist bis zu 80% seiner Budgetfinanzierung vom Ausland abhängig.

Bei einem Besuch in Malawi im Juli 2005 erklärte Prof. Jeffrey Sachs, der Sonderberater des UN-Generalsekretärs für die Millenniumsziele, dass Malawi diese Ziele noch erreichen könne. Er betonte, dafür sei das Niveau der internationalen Hilfe aber nicht hoch genug und die Mittel der Regierung Malawis reichten auch nicht aus. Aber: „Es ist immer noch genug Zeit, mehr zu leisten.“